

reich, die es Frankreich ermöglichen sollte sich aus dem Bündnis mit dem Zarismus herauszulösen. Ich sehe sie beide noch vor mir, als sie sich dort die Hand zum Abschied schüttelten, frohbewegt Großes gefördert zu haben. Wer hätte geahnt, daß sie sich nicht wiedersehen sollten; daß die unserm Friedenswerk feindlichen Gewalten so rasch die Oberhand gewinnen, und daß sie die beiden stärksten Bahnbrecher einer bessern Zukunft als erste in die Vernichtung hineinreißen würden?

Ludwig Frank hat sich freiwillig in die vorderen Reihen der Kämpfer gestellt. Er zog aus eigenem Entschluß als Krieger gegen das Volk, um dessen Freundschaft er in Bern und Basel so ernst erworben hatte. Daran muß man denken, um die Größe der Gegenkraft, die ihn trieb, zu begreifen. Als die Entscheidung gefallen, als er Frankreich bereit sah im Bund mit Rußland Deutschland niederzuwerfen, da gab es keine Wahl mehr für ihn, da stellte er sich an die Seite des eigenen Landes, von der Überzeugung getragen, daß der Kampf Deutschlands gegen den blutbesudelten Zarismus zugleich die Sache der menschheitlichen Kultur sei.

Ludwig Frank hat sein Leben eingesetzt für seine politischen Ziele, die in der vollen politischen und kulturellen Entwicklung des arbeitenden Volks ihren Zusammenschluß fanden. Er hat sein Leben dabei verloren. Die Sozialdemokratie wird die Dankesschuld gegen ihn im Herzen tragen. Sein Opfertod wird in ihrer Geschichte unvergessen fortleben, und er wird gute Frucht tragen. Das Schicksal hat der sozialdemokratischen Fraktion den Vortritt gegeben, aus ihren Reihen ist das erste Mitglied des deutschen Reichstags für das Vaterland gefallen. Der Name Frank wird in den politischen Kämpfen, die die Hallen des Reichstags dereinst wieder erfüllen werden, einen besondern Klang haben. Ehre diesem Namen!

XX

## MAX SCHIPPEL · DER KRIEG, AMERIKA UND ENGLAND

**N**ICHT nur für einen immerhin möglichen länger dauernden Seekrieg sondern auch für die Strömungen und den Druck der internationalen öffentlichen Meinung, für etwaige spätere Vermittlungsversuche wird den Vereinigten Staaten von Amerika eine ganz hervorragende Rolle in dem begonnenen vielverschlungenen Kräftepiel zufallen, das selbstverständlich, wirtschaftlich wie politisch, durchaus nicht auf den Kreis der unmittelbar kampf beteiligten Staaten und Völker beschränkt bleiben kann. Ein neutrales Gemeinwesen ist, in seiner Wirtschaft und seinem Handel, im Hinblick auf seine ganze politische Rangstellung unter den Völkern, noch lange kein uninteressierter Staat. Und je nachdem es seine Interessen auffaßt und zur Geltung bringt, wird es, ohne selber zu den Mitteln kriegerischer Betätigung greifen zu brauchen, seinen Einfluß auf die letzten Ergebnisse der bewaffneten Auseinandersetzungen ausüben können.

Als vor 100 und mehr Jahren England in immer neuen zähen Anläufen und mit stetig wiederholten tiefen Griffen in seine schier unergründliche Subsidientasche die wechselnden Bündnisse und Koalitionskriege gegen das vornapoléonische und napoléonische Frankreich, seinen damals gefährlichsten

Nebenbuhler in den kolonialen Erdstrichen und auf den Weltmeeren, anzettelte und skrupellos bis zur Ausschaltung jedes See- und Völkerrechts, bis zu den letzten Folgerungen des freien Seeraubs vorwärtstriebe, da erwiesen sich die jungen, eben zur Unabhängigkeit herangewachsenen amerikanischen Freistaaten als die wertvollste Stütze des internationalen Handels, soweit dieser unter der einschnürenden englischen Kaperei und Blockade, Matrosenpressung und Schiffsdurchsuchung, unter der lähmenden Willkür der britischen Kreuzer und Prisengerichte noch seine Glieder zu rühren vermochte. Was einst monopolisierter oder doch bevorrechteter Verkehr zwischen den beiden rivalisierenden Weltmächten und ihren neuweltlichen Kolonien gewesen war, und was nun unter französischer und selbst unter britischer Flagge jederzeit von feindlicher Vernichtung und Wegnahme bedroht schien, flüchtete unter die Deckung der Unionsflagge. Selbst an den nordafrikanischen Gestaden und im mittelländischen Meer, in der Südsee, in den japanisch-chinesischen Gewässern, an den Küsten Siams, Persiens und Maskats war die jugendkräftige amerikanische Handelsflotte zu Anfang des 19. Jahrhunderts keine unbeträchtliche und unbekannte Macht. Sie konnte, wenn es sein mußte, überall in erster Linie die Lücken füllen helfen, die durch die Kriege Englands und Frankreichs entstanden. Vor allem von West- und selbst von Ostindien aus, gleichviel ob französisch, englisch, spanisch oder holländisch, übernahm man die kolonialen Erzeugnisse und führte sie entweder direkt nach Europa über oder zunächst nach den eigenen amerikanischen Häfen, zum Zweck späterer Wiederausfuhr, und dann nach der streitdurchtobten alten Welt. Schon 1793 übertraf die Tonnage im Besitz der Vereinigten Staaten die jedes andern Landes, mit Ausnahme Großbritannien. Soweit sie dem Außenhandel diente, wuchs sie zwischen 1789 und 1805 von 123 893 auf 749 341 Tons, also auf mehr als das Sechsfache. Als 1802 der Friede von Amiens vorübergehend der Schifffahrt Frankreichs, Hollands und anderer Länder von neuem Bewegungsfreiheit verschaffte, erfuhr die amerikanische Handelsvermittlung zwar zeitweilig einen Rückschlag, jedoch nur, um mit den abermals ausbrechenden europäischen Wirren zu um so höherem Aufschwung zu gelangen. Zur bloßen Transportübernahme trat zugleich eine lebhaftere Steigerung der Eigenausfuhr. Die kriegführenden Parteien selber entwickelten eine starke Nachfrage nach amerikanischen Landwirtschaftserzeugnissen. Die Preise von Weizen, Mais und Fleisch ließen für die überseeischen Produzenten und Händler nichts zu wünschen übrig; nach beiden Seiten lockten kaum jemals höhere Gewinne. Dem Schiffsbau, der damals noch eines der blühendsten Gewerbe des holzreichen Landes bildete, fiel sein reichlich gemessener Anteil an der allgemeinen Prosperität zu; zwischen 1798 und 1812 wurden mehr als 200 000 Tons eigener Herstellung an das Ausland verkauft. H. C. Adams dürfte recht haben, wenn er das Wachstum der amerikanischen Schifffahrt von 1789 bis 1807 als in der Handelsgeschichte »beispiellos« dastehend bezeichnet.



AMIT wuchs aber auch der Gegensatz und die Auflehnung gegen die englische despotische Willkürherrschaft über alle Welthandelsstraßen und Welthandelsteilnehmer. Schon 1807, nach dem unten erwähnten Chesapeakefall, war die Stimmung in Amerika so erhitzt, daß vielerseits die sofortige Kriegserklärung verlangt wurde, obwohl man sich der ungenügenden Vorbereitungen recht wohl bewußt war;

die alte Zuneigung für den einstigen französischen Mitkämpfer in dem Unabhängigkeitskrieg gegen England schien alle Dämme der Vorsicht überfluten zu wollen. Diese Erregung wiederholte sich noch mehrfach, bis 1812 der offene Krieg wirklich ausbrach, der erst Ende 1814 durch den Genfer Frieden seinen Abschluß fand.

Das Matrosenpressen (impressment of seamen), das wir heute allerdings völkerrechtlich überwunden haben, war bereits in den ersten neunziger Jahren seitens Englands in vollem Schwung. Britische Flottenoffiziere beanspruchten einfach das, für Amerika in erster Linie demütigende und unerträgliche Recht: fremde Schiffe auf offener See, in britischen und selbst in neutralen, nichtheimatlichen Häfen anzuhalten, deren Besatzung rücksichtslos daraufhin durchzumustern, ob sich darunter vielleicht britische Untertanen oder Deserteure entdecken ließen, und die etwa Verdächtigen alsdann, häufig ohne jeden wirklichen Beweis und ganz nach dem einseitigen Ermessen der Untersuchungsführer, in Ketten nach den britischen Kriegsfahrzeugen wegzuschleppen. Schon 1792 wandte sich Jefferson, als Staatssekretär, gegen diese empörende Anmaßung; sei die Flagge des Schiffs unantastbar, so schütze sie auch die Besatzung vor feindlichem Zugriff. Jay, in seinen Londoner Unterhandlungen von 1794, erstrebte gleichfalls die Abschaffung des Übels. Jedesmal vergebens. Selbst die vollzogene Naturalisation vormals britischer Untertanen blieb bei den Schiffsdurchsuchungen geflissentlich unbeachtet; die hastige und unregelmäßige Abwicklung des ganzen Verfahrens schloß keineswegs aus, daß sogar eingeborene Amerikaner, darunter zuweilen Mitkämpfer der Befreiungsrevolution der siebziger Jahre, zwangsweise fortgeführt und dem englischen Flottendienst unterworfen wurden. Im Kongreß stellte man 1806 fest, daß damals 2500 bis zu 3000 amerikanische Bürger solchen beschämenden Zwangsdienst in der britischen Flotte leisten mußten. Als während der napoléonischen Kriege der Bedarf an Matrosen am höchsten gestiegen war, lagen selbst vor New York britische Kriegsfahrzeuge ständig auf der Lauer, um amerikanische Handelsschiffe nach Überschreitung der völkerrechtlich geschützten Küstenzone sofort anzuhalten und nach dem Ursprung ihrer Besatzung durchzumustern. Diese hochmütigen Herausforderungen erreichten 1807 ihren Gipfel in dem Angriff auf die amerikanische Kriegsfregatte Chesapeake. Als diese die virginische Bucht Hampton Roads zu Übungszwecken verließ, wurde sie von dem überlegenen britischen Kriegsschiff Leopard gestellt und zur Herausgabe von 3 angeblichen Deserteuren aufgefordert, deren Auslieferung bei dem vorherigen Schriftenwechsel mit den amerikanischen Behörden abgelehnt worden war, weil es sich, nach amerikanischer Auffassung, um Bürger der Vereinigten Staaten selber handele und außerdem ein entsprechender Auslieferungsvertrag und eine Auslieferungspflicht nicht bestehe. Die Fregattenführung hielt sich gleichfalls an den frühern Entscheid. Ohne jede Weiterung ging darauf der Leopard zur Beschießung über, mit der Wirkung, daß die Chesapeake binnen weniger Minuten vollkommen hilflos auf den Wellen trieb und die Durchmusterung der Besatzung und die Wegnahme der 3 verdächtigen Amerikaner sowie eines britischen Untertanen über sich ergehen lassen mußte. Die Sieger überließen sie alsdann ihrem Schicksal; sie konnte mit Mühe und Not den Hafen zurückgewinnen. Unter dem ausbrechenden Sturm der Entrüstung gab die englische Regierung zwar für

diesen Einzelfall nach, aber die Bemühungen die Rechtsgrundlage selber zu ändern scheiterten nach wie vor. Erst lange nach dem Abschluß der Kriege gegen Frankreich verzichtete der »Despot des Weltmeers« (um mit Marx-Engels zu reden) auf das angemähte, und mit der Zeit innerlich entwertete Recht, das ihm beliebige, ununterbrochene Einmischungen in die neutrale Seefahrt ermöglicht hatte.

Die verschiedenen Blockaden, die weite Ausdehnung des Begriffs Kontrebande, vor allem auf die Lebensmittel, die ewigen Durchsuchungen, Belästigungen und Eingriffe trafen gleichfalls weitaus am härtesten die Vereinigten Staaten, weil gerade sie immer ausschließlicher den übriggebliebenen neutralen Handel verkörperten. Sie fühlten am nachdrücklichsten, was später Heffter in die Worte zusammenfaßte: »Es gibt im Feld des Völkerrechts keine traurigere Gestalt als die eines Neutralen den größten Seemächten gegenüber.« Die Washingtoner Diplomatie erschöpfte sich jahrelang in vergeblichen Protesten und Reformanregungen, wie sich ja auch später noch die internationalen Bestrebungen für ein freieres moderneres Seerecht wesentlich um die, noch lange Zeit so außerordentlich seetüchtigen und aktiv seehandelsbeteiligten Vereinigten Staaten als ihrem Mittelpunkt sammelten. Als England dem unbequemen Neutralen zuletzt gar noch die Indianer im Westen auf den Hals hetzte und sie aus den kanadischen Regierungslagern militärisch ausrüsten half, da mußte schließlich selbst der friedliebende, versöhnliche Madison am 1. Juni 1812 in einer Botschaft den Kongreß vor die Frage stellen, »ob die Vereinigten Staaten sich weiter passiv verhalten sollen gegenüber diesen fortschreitenden Übergriffen und diesem anschwellenden Unrecht, oder ob sie, zur Verteidigung ihrer nationalen Rechte Gewalt gegen Gewalt stellend, eine gute Sache der Hand des allmächtigen Schicksallenkers anvertrauen sollen«. Der Krieg zeigte dann vollends die ungezügelte Skrupellosigkeit des verwöhnten englischen Machtbewußtseins. Führte er doch sogar zur brutalen Einäscherung der Bundeshauptstadt Washington »Die Schande ist um so tiefer, weil die Brandsetzung unter der Leitung und in Gegenwart der Oberbefehlshaber geschah, und weil bei dem größern Teil der Gebäude die Zerstörung gar nicht auf militärische Erwägungen zurückgeführt werden konnte. Der Brand und die Zerstörung umschlossen das unvollendete Kapitol und die Kongreßbibliothek, den Regierungssitz, das Schatzamt und andere Abteilungsgebäude mit ihren wertvollen Archiven, Druckereien und viele Privatwohnungen. Man erzählt, daß Frau Madison, die Gattin des Präsidenten, die Urschrift der Unabhängigkeitserklärung fortrug und rettete. Heute verteidigt niemand diesen vandalischen Schritt. Selbst damals gab es Londoner Blätter, die ihn verurteilten.« Könnten wir es«, äußerte ein Londoner Staatsmann, »so würden wir den Schleier der Vergessenheit über unser Vorgehen in Washington ausbreiten. Die Kosaken schonten Paris, wir aber ließen die Hauptstadt Amerikas nicht unverschont.«<sup>1)</sup>



WIE wird sich heute die Lage für die Vereinigten Staaten gestalten? Wird ihre Zuneigung, durch die überlegene englische Meinungsmache augenblicklich künstlich belebt, sich dauernd ausschließlich oder doch ganz überwiegend der neuen britisch-europäischen (und nunmehr sogar britisch-ostasiatischen) Koalition zuwenden? Ist der alte Gegensatz zwischen der neutralen Macht und

<sup>1)</sup> Siehe Foster A Century of American Diplomacy (Boston 1901), pag. 243. Kennzeichnend ist, wie Foster dennoch in seinem Schlußurteil über den damaligen Zeitabschnitt (pag. 249) Frankreich und England einfach gegenüberstellt als: Absolutismus und Militärtyrannie gegen liberale Prinzipien und freie Verfassung. Die unten wiedergegebenen Äußerungen des Outlook über Deutschland und seine Gegner sind ähnlich gerichtet, aber unter den heutigen Voraussetzungen noch viel unbegründeter und einseitiger.

dem nach wie vor rücksichtslos seekriegführenden Inselreich bis auf den letzten glimmenden Funken erloschen, seitdem einerseits ein paar Fortschritte des Völkerrechts die schlimmsten Auswüchse des Seekriegs beschnitten haben, während andererseits Amerika, durch die koloniale Erschließung eines ganzen Erdteils Jahrzehnte hindurch mit allen seinen Kräften in Anspruch genommen, die transozeanische Schifffahrt mehr und mehr anderen Völkern überlassen hat? Kann der verdeckte Gegensatz nicht von neuem erwachen und aufflammen, wenn die Vereinigten Staaten abermals, wie vor einem Jahrhundert, in die wirtschaftliche Bresche springen, die heute vor allem aus der vorläufigen Ausschaltung der deutschen Handelsflotte sich herausgebildet hat? Weist das, seit beinahe einem Menschenalter immer wieder hervorbrechende Streben nach einer leistungsfähigen amerikanischen Seehandelsflotte nicht unwiderstehlich darauf hin die jetzt gegebene seltene Gelegenheit entschlossen auszunutzen? Treffen hier nicht leichterklärliche Wünsche Deutschlands, der deutschen Reederei, mit den amerikanischen Hoffnungen und Interessen zusammen?

Zur Erläuterung dieser Fragen und Gedankengänge sei heute an die programmatischen Kundgebungen einer der angesehensten amerikanischen Zeitschriften, des Outlook, angeknüpft. Der Outlook stand bekanntlich bisher ganz unmittelbar unter Rooseveltschem Einfluß; er ist auch gegenwärtig, nach dem Ausscheiden Roosevelts aus der redaktionellen Leitung, das Blatt der progressiven Partei und ihres Führers geblieben.

Bis zu einem gewissen Grad muß es daher zunächst befremden, daß das Urteil über die tieferen Ursachen des Krieges, über die mit einander ringenden großen weltgeschichtlichen bewußten Strebeziele und mehr unbewußten Unterströmungen so parteiisch ausgefallen ist, parteiisch zugunsten Englands und seiner Verbündeten. Roosevelt hat einen Teil seiner geistigen Werdejahre in Deutschland verlebt und häufig die internationale Bedeutung des deutschen Kultureinschlags und der deutschen Höherentwicklung in warmen Worten anerkannt. Die Zeitschrift selber hat, mit Schwankungen im einzelnen, die deutsche Politik meist unbefangen zu würdigen gesucht; in der richtigen Wertung der Gesamtpersönlichkeit und der modernen Seiten des deutschen Kaisers überragte sie fast alle namhafteren englisch-amerikanischen Blätter. Zurzeit ist diese bessere Einsicht wie hinweggewischt. Nicht nur, daß Deutschland als der planmäßig angreifende Teil bezeichnet wird. Selbst der Balkankonflikt, also der Versuch der Zurückdrängung des russischen Übergewichts und der russischen, für Österreichs Fortbestand lebensgefährlichen russischen Zettlungen, erscheint unbegreiflicherweise als reichsdeutsch-österreichischer Feldzug gegen die »demokratische Bewegung unter der Führung Frankreichs und Englands«. Der innerste Kern des ganzen ungeheuren Völkerkampfs sei: Absolutismus, obwohl intelligenter, fähiger und hochorganisierter Absolutismus, gegen die Demokratie, die sich zwar im Aufstreben befinde, aber leider weniger gut organisiert dastehe. Der Hauptartikel des Outlook trägt sogar die Überschrift Der Krieg gegen die Volksrechte (The war against the popular rights), ohne sich aber, wie man vermuten könnte, irgendwie auf die Bundesgenossen des Zarismus zu beziehen. Mit dem Sieg der einen Seite, das heißt in diesem Fall Österreich-Ungarns, breche für die Balkanstaaten jede Möglichkeit der Unabhän-

gigkeit nach außen und der freiheitlichen Innenentwicklung zusammen; auf dem Sieg der andern Seite (also Rußlands!) ruhe die Hoffnung auf einen freien Balkanbund. Selbst die deutschen Arbeiter werden in dem schriftstellerischen Beitrag eines französisch-amerikanischen sozialpolitischen Mitarbeiters (André Tridon) als wenig zuverlässig geschildert: sie verfügten zwar über die stärkste Organisation der Welt, aber sie schleppten das Bleigewicht ihres rein bürokratischen Ausbaus mit sich herum und seien »unglaublich konservativ« (»extremely conservative«). Anzuerkennen ist jedoch, daß daneben ein bekannter, besonders in der Friedensbewegung hervortretender Deutscher, Dr. Ernst Richard, in einer längern Zuschrift zu Wort kommt, die den deutschen Standpunkt würdig und geschickt vertritt: »Die Deutschen wurden das Gefühl nicht mehr los, daß die anderen Staaten, besonders ihre Nachbarn, alles in ihrer Macht Stehende aufboten, um sie in der friedlichen Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Kräfte und ihrer Einrichtungen zu hemmen. Besonders erbitternd schien der deutschen Empfindung die Wahrnehmung, daß die französische Republik, die sich jederzeit ihres fortschrittlichen und demokratischen Charakters zu rühmen suchte, aus unwiderstehlichem Revanchebedürfnis sich mit Rußland, dem Bollwerk des Absolutismus und der Reaktion, dem Repräsentanten einer halbbarbarischen Kultur, immer enger verbrüdete. Dies hielt und dies hält man in Deutschland für einen Verrat an der europäischen [western] Bildung und Kultur. . . Daraus erklärt sich vollends die zunehmende Erbitterung, die man in Deutschland fühlte, als England, bloß aus Furcht seine Handelsgewinne mit Deutschland teilen zu müssen, England, dieser nächste Blutsverwandte, sich ohne Wanken auf die Seite dieser Feinde schlug. Man sagte sich in Deutschland einfach: Wie tief muß der Neid und Haß gegen uns sein, wenn sie zu so unnatürlichen Bündnissen mit den Gegnern der eigenen Volksideale führen. So ergab sich eine grimmige Entschlossenheit sich auf das Letzte und Schlimmste vorzubereiten.«

Politisch am beachtenswerten ist indessen ein anderer redaktioneller Artikel über die »Pflichten der Vereinigten Staaten«, vielleicht nicht ohne Fühlungnahme mit Roosevelt selber geschrieben, der zur Zeit des Blatterscheinens an Ort und Stelle in New York weilte und in eine Rede ein paar ähnliche Hinweise einflocht.

Daß seine Befürchtungen wegen der Behandlung von Amerikanern in Deutschland vollkommen hinfällig sind, wird der Verfasser unterdes zweifelsfrei erfahren haben. Er glaubt nämlich, wohl infolge der lange dauernden Unterbrechung jedes regelmäßigen Personenverkehrs auf den deutschen Eisenbahnen, an die Absicht Deutschlands allen Fremden das Verlassen des Landes zu verwehren, weil alsdann militärpflichtige Reichsangehörige oder Spione allzuleicht über die Grenze entwischen könnten. Man werde es begreifen, wenn Deutschland wirklich Verdächtige zurückhalte, aber es sei »unvernünftig alle Amerikanerinnen nicht von Berlin fortzulassen, weil irgendeine unbekannte Frau an den Grenzen sich der Spionage verdächtig gemacht habe«. Die verlangten Schritte des Washingtoner Staatsdepartements und der Regierung im allgemeinen waren demnach, wie der Verfasser jetzt nach besserer Unterrichtung selber zugestehen wird, von vornherein hinfällig.

Weiter wird betont: Wenn Amerika als neutrale Macht allen Pflichten der Neutralität streng folgen werde, so müsse es ebenso streng über die Erfüllung aller Rechte der Neutralität wachen. Durchaus zutreffend. Aber kommt hier Deutschland für etwaige peinliche Maßnahmen und für die zurückzuweisenden Übergriffe ernstlich in Betracht? Steht hier das viel größere Fragezeichen nicht in erster Linie hinter England? Hören wir zu:

»Wir müssen mit Geduld Unbequemlichkeiten ertragen, die nicht die Folge von Rechtswidrigkeiten sind. So mögen die atlantischen Kabel unterbrochen werden; und die rasche Verbindung mit Europa mag aufhören. Unsere Schiffe mögen auf hoher See angehalten und auf Kriegskontrebande durchsucht werden. Unsern Handel mag man von blockierten Häfen absperren. . . Alles das steht in Einklang mit dem, was man bitter die Gesetze des Krieges nennt, und es ist in Geduld zu überstehen. Aber was unseren Rechten widerspricht, braucht man nicht in Geduld zu tragen. . . Neutrale haben unzweifelhafte Rechte: das Recht auf ungestörte Beförderung ihrer Postsachen, der Briefe, nicht der Pakete; auf die ungestörte Reise ihrer friedlichen Staatsangehörigen, sei es über die hohe See oder durch neutrale Länder; auf freien Zugang zu jedem, nicht tatsächlich blockierten Hafen; papierene Blockaden gelten nicht. Um diese und ähnliche Rechte zu wahren, sollte unsere Flotte für jede Eventualität bereit stehen. . . Ihr Platz ist jetzt nicht im Golf von Mexiko. Wir schenken deshalb auch dem eben umlaufenden Gerücht keinen Glauben, daß der Präsident zögere sie nordwärts zu bringen, weil dies als unfreundlicher Akt aufgefaßt werden könne. Unfreundlich gegen wen? Selbst die Sendung nach europäischen Gewässern ließe sich nicht zu einer unfreundlichen Handlung stempeln. Ihr Platz ist da, wo sie notwendig gebraucht wird.«

Das alles hat, wie man sieht, mit einer *deutschen Gefahr* wenig oder gar nichts zu schaffen. Gegen Deutschland könnte sich höchstens der eine Hinweis richten: daß die Vereinigten Staaten eine Übertragung des Kampfes auf amerikanischen Boden oder in amerikanische Gewässer nicht dulden würden. Die Union habe ein Recht und unter Umständen die Pflicht die Beschießung von Häfen und die Landung von Truppen innerhalb der westlichen Halbkugel zu verwehren. Eine Erörterung hierüber scheint augenblicklich gegenstandslos. Nur vermißt man an dieser Stelle die ergänzende Betrachtung: wie sich die Vereinigten Staaten umgekehrt zur Übertragung amerikanischer, nämlich kanadischer Streitkräfte nach dem europäischen Kriegsschauplatz verhalten sollten. Spricht man, im Sinn Monroes, von einem Neutralitätsrecht für den ganzen amerikanischen »Erdeil«, so gehört die ergänzende Pflicht untrennbar dazu.

Die letzte und nicht unwichtigste Darlegung des Outlookartikels gilt den amerikanischen Handelsschiffahrtsplänen, die, soweit man den dürftigen Kabelnachrichten vertrauen darf, rasch praktisch-politische Gestalt annehmen scheinen. Auch hier steht diesen Plänen vorerst England, nicht Deutschland, im Weg; augenblicklich und während der Kriegszeit fallen sogar die deutschen Interessen mit den amerikanischen wesentlich zusammen: »Wir sind durch unsern Außenhandel von anderen Völkern durchaus abhängig. Serbien, Österreich, Deutschland und vielleicht Rußland erstreben teilweise neue Zugänge zum Weltmeer. Wir können ungehindert die Meere beschreiten, aber es fehlen uns die Schiffe zur Ausführung. Die Lähmung des Handels durch den europäischen Krieg sollte uns jedoch lehren uns selber kommerziell unabhängig zu machen. Der Weg dazu ist einfach. Wir sollten es den Amerikanern erlauben Schiffe im offenen Markt anzukaufen. . . Der Kongreß sollte rasch und einstimmig ein Gesetz durchbringen, wonach der amerikanische Flaggenschutz auch auf im Ausland gebaute, von Amerikanern angekaufte, eigentümlich besessene und verwendete Schiffe auszudehnen sei. . . Wenn man das überhaupt will, warum nicht sofort?«

So kehren manche wirtschaftlichen und politischen Konstellationen und Möglichkeiten wie in den Tagen Napoléons, des großen Englandhassers, wieder. Das erstaunlich rasche Aufblühen der neutralen amerikanischen Handelsvermittlung setzte damals freilich eine vieljährige Kriegszeit voraus, wie sie heute, wenigstens soweit es die Landkriege betrifft, schon durch die ungeheuren Massenaufgebote der Gegenwart ganz ausgeschlossen ist. Doch

viele Tatsachen arbeiten auch heute zugunsten der Vereinigten Staaten. Und über alle diese Entwicklungswege legen sich, wie vor 100 Jahren, als Hindernis vor allem starke englische Interessen, Interessen sowohl der Kriegsführung wie der bloßen Handelsbetätigung. Will die amerikanische Union wieder die Vorkämpferin der unabhängigen neutralen Schifffahrt sein, die deutschen Glückwünsche werden sie dabei überall begleiten. Konflikte wird sie nur mit dem alten Bollwerk der Völkerrechtslosigkeit und der Alleinherrschaft auf den Meeren zu befürchten haben. Vor dem deutschen Absolutismus brauchen sich hier, auf den Meeren, im internationalen Wirtschaftsleben und Handel, die Vereinigten Staaten wahrlich nicht zu bekreuzigen. Aber den Liberalismus der englischen Politik könnten sie hier, wie vor einem Jahrhundert, recht leicht von einer sehr despotischen, gleichheits- und freiheitsfeindlichen Seite kennen lernen. Wer lebt, wird sehen.

## JULIUS KALISKI · DER KRIEG UND DIE DEUTSCHE VOLKSWIRTSCHAFT



BER die Kräfte der deutschen Volkswirtschaft ging im Ausland seit Jahren eine falsche Rechnung um, die zu berichtigen in Friedenszeiten nicht gelang. Unerschütterlich glaubte man in Paris und London an eine gefährliche Unsolidität unseres Wirtschaftslebens, die in dem Augenblick politischer Erschütterungen und wirtschaftlicher Stockung zu einem Zusammenbruch führen mußte. Das stürmische Tempo der Industrialisierung Deutschlands war in der Vorstellung des Auslands untrennbar mit einer Erschöpfung des deutschen Kapitalmarkts verbunden, und dadurch entstand die Auffassung einer Abhängigkeit von ausländischen Geldern, auf die zu verzichten nicht gewagt werden dürfe. War die Bedeutung der Guthaben des Auslands für Deutschland schon in früheren Jahren meist zu hoch veranschlagt worden, so trat im weiteren Verlauf darin noch ein Umschwung zugunsten Deutschlands ein, denn der Umfang der Auslandsgelder schrumpfte mehr und mehr zusammen; bei der Deckung der enormen Geldansprüche der privaten Unternehmungen und der öffentlichen Verwaltungen spielte insbesondere französisches Kapital, das früher in der Hauptsache in Frage kam, keine entscheidende Rolle. Verstärkt wurde der Kapitalbedarf noch beträchtlich durch die öfter unangebrachte Beteiligung an der Übernahme ausländischer Anleihen, doch die Kapitalansammlung im Inland vermochte ihn in einem Maß zu befriedigen, der von deutschen Wirtschaftskreisen selbst vielfach unterschätzt worden ist. Den schweren Belastungsproben, denen die deutsche Volkswirtschaft in neuerer Zeit wiederholt ausgesetzt war, widerstand sie so vortrefflich, daß dem nicht völlig voreingenommenen Beobachter die kerngesunde Verfassung unserer Wirtschaft nicht verborgen bleiben konnte. Während der Marokkokrise im Jahr 1905 begann die französische Finanz mit den von ihr erhofften Rückwirkungen einer Zurückziehung ihrer Gelder aus Deutschland zu operieren, als sich damals eine verhältnismäßig scharfe Geldteuerung in Deutschland herauszubilden begann. Prompt stellte sich in der französischen und teilweise auch in der englischen Presse die gleiche Kalkulation wieder ein, als im Jahr 1911 die Marokkofrage sich von neuem zuspitzte. Rückblickend